

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Postkonten: Sächsische Staatsbank,
Dresden, Haupt d. Arbeiter, Ange-
hörigen u. Beamten, No. 1, Dresden,
Gebrüder Arnolds, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eisenbahn-Verbindungen, bei es durch über ohne Gefahr höherer Gewalt, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Wiederherstellung des Lesestandes oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementpreise mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Arbeit und Kampf“ monatlich 2,30 RM, einzeln 15 Pf., Vierteljährlich 6,75 RM, halbjährlich 12,50 RM, jährlich 23,50 RM, einschließlich Postgebühren. Einzelhefte 1,00 RM, auswärts Post- und Zustellungsgebühren.

Abbestellung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Bestellschleife: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707. Bestellschleife von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags. Telefontastensysteme: Dresdner Volkszeitung

Anzeigensätze: Die 30 mm breite Hauptzeile 30 Pf., die 20 mm breite Nebenzeile 2 Pf., für außerdem 40 Pf., u. 2,50 RM., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif, Familienanzeigen, Stellen- u. Verleihsuche 20 Pf., netto. Für Briefverträge 10 Pf., Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 203

Dresden, Dienstag, den 30. August 1932

43. Jahrgang

Reichstag und Verfassungskonflikt

Ausschaltung der Sozialdemokratie aus dem Präsidium?

Der Sonntagstreue hat dazu geführt, daß auf der einen Seite die starke Bewegung, in jedem Falle machen unsere Interessen zunächst ein Gesicht, wenn Papens Blätter nicht werden. Sie bekommen das große 2 Milliarden- und haben außerdem die Aussicht, daß sie die Röhre bekommen. Alles andere aber ist noch völlig unklar, vor allem, ob auch wirklich zu erwarten ist, daß die Durchführung des Papenschen Wirtschaftsprogramms zu einer Besserung der Arbeitslosigkeit führt. Werden die Steuerrechnungscheine, die Papen verteilen lassen will, in irgend einer Weise umgewandelt werden können? Wie weit wird die Steuerreform zur Bekämpfung dieser Steuerrechnungscheine zur Verfügung gestellt, werden die Unternehmer die angebotenen Nebenbedingungen dazu verwenden, um die Betriebe instand zu setzen? Kurz und gut, alles ist unklar.

Unklar ist es aber auch, wie sich die politische Lage entwickeln wird. Nur eins ist sicher. Nach wie vor steht Herr von Papen außer den Deutschen Nationalen so gut wie niemand. Darüber, was die Sozialdemokratie zu tun von Papen zu sagen hat, ist jedes Wort überflüssig. Papen steht aber auch in einem immer schärfer werdenden Gegensatz zu den Nazis und zum Zentrum. Wie Papen wird, sind neuerdings wieder eine Unterredung zwischen Müller und Papen statt, die aber ergebnislos blieb, weil Müller auf seine Forderungen bestand, der Papen aber in keiner Weise zu einem Entgegenkommen gegenüber den Nazis bereit ist. Papen bleibt dabei, er will die Herrschaft, möge kommen was wolle.

Sehr tritt befallend der Reichstag zusammen, wenn auch die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nazis noch nicht abgeschlossen sind, so scheint es, daß sich die beiden Parteien über die Wahl eines nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten einigen werden. Dabei haben wir auch zu erwarten, daß die Nazis offenbar die Absicht, die Sozialdemokratie aus dem Reichstagspräsidium auszuschalten.

Papen hat nach allem, was darüber bekannt wird, noch die Absicht, den Reichstag möglichst bald nach seinem Einmüßigen wieder nach Hause zu schicken. Wenn er in seiner Rede in Münster gesagt hat, er wolle nicht von der Verfassung abweichen, es würde schon mindestens dem Reichstag die Verfassung widerprechen, wenn der Reichstag aufgelöst würde, ohne daß zweifelsfrei festgestellt ist, daß sich eine Mehrheit für eine Renonciation nicht bilden läßt. Schon mehrfach haben wir darauf hingewiesen, daß bei einer Reichstagsauflösung, wenn er sich an die Verfassung hält, höchstens Zeit gewinnen könne, daß er aber in dem neuen Reichstag keine Mehrheit haben würde. Deswegen ist der Verdacht nur zu begründet, daß Papen doch die Absicht hat, einen Verfassungsbruch zu begehen, wenn er versucht wird, die Reichstagswahlen über die durch die

Verfassung vorgesehene Frist hinauszuschieben, damit er in- zwischen nach seinem Rezept regieren kann.

Herr von Papen hat in seiner Rede in Münster sich als ein sehr christlicher Mann ausgespielt und sich auf den lieben Gott berufen. Der Reichstagskanzler hat schließlich auch die Verfassung beschworen, und er würde seinen Eid, den er doch jedenfalls unter Anrufung seines Gottes abgelegt hat, in der schlimmsten Weise verletzen, wenn er sich trotzdem über die Verfassung hinwegsetzte. Aber wir haben in der Geschichte genug Beispiele dafür, daß recht christliche Leute sich nicht um ihren Eid gekümmert haben, wenn es ihnen darauf ankam, zur Macht zu kommen oder sich in der Macht zu halten.

Zentrum und Bayerische Volkspartei haben oft genug erklärt, daß sie einer Staatsstreichsregierung den schärfsten Widerstand entgegensetzen würden.

Im Wölkischen Beobachter droht der Reichstagsabgeordnete Rosenberger der Papen-Regierung für den Fall eines Staatsstreiches mit einem Steuerstreik der Bauern und fragt, ob man dann die Reichswehr als Gerichtsvollzieher tätig werden lassen wolle.

Vielleicht würde Herr von Papen, gestützt auf die Majorität der Reichswehr, eine Zeitlang den Diktator spielen können. Aber vorausichtlich würde ihm ein solches Abenteuer recht schlecht bekommen. In nicht allzu langer Zeit müßte er seines Reges ziele, wahrscheinlich allerdings, nachdem er vorher das deutsche Volk auf das schlimmste geschädigt hat, denn schwere wirtschaftliche Nachteile müßten die Folgen eines Kampfes zwischen einer diktatorischen Generalregierung und der großen Mehrheit des deutschen Volkes sein. Man wird abwarten müssen, ob die Herren Papen und Schleichner so verantwortungslos sind, daß sie es auf einen

derartigen Kampf ankommen lassen. Sicher ist nur eins, daß ein starker diktatorischer Anführer und Generale gegen die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes mit der Niederlage dieser Abenteurer enden müßte.

Zur Eröffnungssitzung

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt: Am Dienstag tritt der neugewählte Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Sie begegnet in der Öffentlichkeit überaus großem Interesse. Nicht nur die Spannung, die durch den drohenden Konflikt zwischen dem Reichstag und der Reichsregierung entstanden ist, hat dieses Interesse an den Verhandlungen hervorgerufen. Vor allem interessiert auch die Frage, ob dieser Reichstag überhaupt arbeitsfähig ist, und ob nicht bereits seine erste Sitzung mit Tumulten angefaßt sein wird, die den Begnern des Parlamentes einen bequemeren Vorwand zu seiner Ausschaltung liefern.

Befürchtungen dieser Art bestehen vor allem wegen der Ausübung des Amtes als Alterspräsident durch die kommunistische Abgeordnete Frau Alara Zeffin. Zwar hat der Wölkische Beobachter noch am Montag gedroht, wer widerspruchslos dulde, daß Alara Zeffin den Vorsitz bei der Eröffnung des Reichstags führe, der mache sich der gleichen vaterlandslosen Schamung verdächtig wie die Moskauer Agentin. Zimmerbin scheint bei der Reichstagsauflösung der Nationalsozialisten eine wesentlich mildere Auffassung zu besitzen. Jedenfalls haben ihre Unterhändler dem Zentrum versichert, daß sie nicht die Absicht haben, Frau Zeffin an der Ausübung ihres Amtes zu hindern. Es auch aus kommunistischen Kreisen verlautet, daß man nichts tun wolle,

Nahe an der Koalition

Die Verhandlungen des Zentrums mit den Nazis vor dem Abschluß

Die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten über die Bildung einer Reichsregierung sollen am Dienstag fortgesetzt werden. Die Verhandlungen, die auf der Zentrumsseite von den Abgeordneten Bräuning, Verlin und Stegerwald geführt werden, haben bisher zahlreiche Verhandlungen ergeben, die sich auf das sachliche Programm und auf die Zusammensetzung einer von Nationalsozialisten und Zentrum zu bildenden Regierung beziehen. Einzelheiten in die Verhandlungen ist auch das preussische Regierungsproblem.

Im Reich will das Zentrum den Nationalsozialisten den Reichstagskanzler ansetzen. In Frage kommt jedoch nicht Müller, sondern eine andere Persönlichkeit aus dem Reich der Reichstagsfraktion. Dafür verzichten die Nationalsozialisten in Preußen auf die Ministerpräsidenten. Sie fordern jedoch das Amt des Innenministers im Reich und in Preußen. Im Zentrum scheint man geneigt, sich mit dieser Forderung abzufinden. Die übrigen Minister sollen im Reich und in Preußen möglichst so besetzt werden, daß die Nationalsozialisten und das Zentrum je die Hälfte der Minister erhalten.

Im Zentrum hofft man neuerdings wieder auf eine enghäufige Verständigung, als deren Grundlage die Bildung der neuen Regierung auf parlamentarischer Basis und ihre Ausübung auf dem Boden der Verfassung betrachtet wird. Allerdings soll auch die schwarzbraune Regierung den Charakter einer Präsidialregierung tragen, die den Reichstag nur in wichtigen Fällen zu Rate zieht.

D. Die Zentrumsfraktion des Reichstags nahm am Montag einstimmig eine Entschließung an, in der die Richtlinien gebilligt werden, die am 11. August von den Abgeordneten Noos und Volz dem Reichskanzler vorgebracht worden sind. Im Verfolg dieser Haltung sind auch die Sonntagstreue des Reichstagskanzlers in Münster hinsichtlich der über die derzeitigen Bemühungen des Zentrums gemachten Ausführungratundfällige Abklärung. In der dazu angenommenen Entschließung heißt es:

„In der klaren Erkenntnis, daß jede Regierung, ohne Mehrheit und Vertrauen in der Volksoberleitung zu bestehen, notwendigerweise auf eine abschüssige Bahn kommen muß, arbeitet die Zentrumspartei, unbeschwert um Trennungen und Entschärfungen, überflüssig mit an der Schaffung einer Regierung, die sich auf eine klare Mehrheit des Parlamentes stützen kann und gewillt ist, mit ihm zusammenzuarbeiten, geleitet von dem Ge-

hanten, daß es verfassungsmäßig unmöglich und für das Reich verheerend ist, eine Reichstagsauflösung nur deswegen zu beschließen und vorzubereiten, weil der gegenwärtigen Regierung die Mehrheit verfehlt bleibt.“

Fünf Minuten vor zwölf

Zentrum warnt nochmals vor Verfassungsbruch

Das Berliner Zentrumorgan, die „Germania“, warnt in ihrer Dienstagausgabe nochmals vor Experimenten mit der Reichsverfassung. Das Blatt schreibt:

„Wir wissen nicht, welche Entschlüsse in Preußen gefaßt werden, aber die ganze Atmosphäre, die durch das Dunkel der Regierungspolitik und mannigfacher Gerüchte gebildet worden ist, gibt uns Veranlassung, unsere unausgesprochenen Warnungen vor jeglichen Experimenten verfassungsrechtlicher und politischer Art nochmals mit allem Nachdruck zu wiederholen. Wir fordern an dem Tage, an dem der neugewählte Reichstag seine Funktionen übernimmt, daß Reichspräsident und Reichsregierung sich der ungeheuren Verantwortung bewußt sind, die im Hinblick auf die kommende Entwicklung auf ihren Schultern ruht.“

Eine Ausschaltung des Reichstags wäre unter den Umständen, unter denen sie und von der Reichstagspresse vertretenen Auffassung auszugehen erwiesen wird, eine Maßnahme, deren verfassungswidriger Charakter nicht zu bestreiten wäre.

Die Zentrumspartei wird, wie wir hier immer betont haben, alles tun, um eine verfassungsmäßige Abwicklung der Staatsgeschäfte unter allen Umständen sicherzustellen. Sie ist bemüht, alle Möglichkeiten zu vermeiden, die der Reichsregierung für eine andere Politik eine Handhabe inoffizieller oder fiktiver (angenommener) Ket bieten könnte. Diese förmliche Ablehnung aller Experimente gegenüber dem neuen Reichstag, die mit der Verfassung nicht in Übereinstimmung stehen, kann auch in der Eröffnungssitzung der Zentrumsfraktion mit ungewöhnlichem Nachdruck und in reifster Einsicht zum Ausdruck. Die Zentrumsfraktion steht mit dem heutigen Tage bereit, um ihre politische Tradition und ihrem Gewissen entsprechend die politische Verantwortung Deutschlands mit allen Mitteln in den verfassungsmäßigen Bahnen zu halten.“



„Meine lieben Freunde, der Privatwirtschaft soll geholfen werden.“